



Nachbarländer sollen für Studenten zahlen

Die CVP reagiert auf die Kritik der Studierenden an höheren Studiengebühren für Ausländer. Nun sollen die Herkunftsländer für ihre Studenten an Schweizer Universitäten bezahlen.

Von Markus Brotschi, Bern

Die Schweiz übt auf ausländische Studenten eine grosse Anziehungskraft aus. Im Herbstsemester 2010/11 waren an den Universitäten und den beiden ETH 132 000 Studenten eingeschrieben, davon waren 35 700 Ausländer. Der grosse Teil von ihnen, nämlich 29 400, sind sogenannte Bildungsausländer. Im Gegensatz zu hier wohnhaften Ausländern sind sie für das Studium in die Schweiz gekommen. Ihre Zahl hat im Vergleich zum Vorjahr um 9 Prozent zugenommen. Besonders attraktiv sind Master-Studiengänge, für die im Unterschied zu vielen Staaten hierzulande keine besonderen Zulassungshürden gelten.

Als Mittel gegen überfüllte Hörsäle prüft der Bundesrat, ob höhere Gebühren für Ausländer erhoben werden sollen. Auslöser waren zwei CVP-Postulate, die das Parlament im Dezember überwiesen hat. Als Vorbild dient die Universität im Tessin, die von Ausländern doppelt so hohe Gebühren verlangt.

Inzwischen ist die CVP jedoch über die Bücher gegangen und schlägt ein neues System vor, um die Hochschulen zu entlasten. Die Schweiz soll von den Herkunftsländern und nicht den Studenten einen Beitrag an die Studienkosten verlangen. Vorbild ist der interkantonale Ausgleich: Kantone ohne Hochschule zahlen für ihre Studenten einen Beitrag an die Universitätskantone. Die Idee, dieses Modell über die Grenze hinaus anzuwenden, kam vom Verband der Schweizer Studierendenschaften (VSS). Er hält höhere Studienbeiträge für Ausländer für diskriminierend und protestiert vehement dagegen.

Schwierige Verhandlungen

Die CVP stehe nach wie vor zur Forderung, die Gebühren für Ausländer moderat zu erhöhen, sagt der Zuger Nationalrat Gerhard Pfister. Allerdings sei die Idee, über höhere Gebühren die Zahl der ausländischen Studenten zu steuern, «fantasielos». Ausgleichszahlungen

passen besser zu einer auf internationalen Wettbewerb ausgerichteten Bildungspolitik. Je attraktiver eine Uni für ausländische Studenten sei, desto mehr Geld aus dem Ausland erhalte sie.

Heute werden die Infrastrukturkosten für ausländische Studenten durch die Studiengebühren von einigen Hundert Franken pro Semester bei weitem nicht gedeckt. Einzig im Tessin werden pro Semester 4000 Franken für Inländer und 8000 für Ausländer verlangt. Die Ausgleichszahlungen unter den Kantonen decken zumindest einen Teil der Kosten. Ein Nicht-Universitätskanton zahlt für einen Studenten der Geistes- und Sozialwissenschaften jährlich rund 10 000 Franken. Ein Naturwissenschaftler kostet 24 000 Franken und ein Medizinstudent in der klinischen Ausbildung 48 000 Franken. Allerdings decken auch diese Zahlungen nicht alle Aufwendungen. So kostet an einigen Fakultäten ein Studienjahr bis zu 100 000 Franken.

Die CVP sei sich bewusst, dass Verhandlungen über Ausgleichszahlungen schwierig seien, sagt Pfister. Der Bundesrat sollte sich zuerst an die Nachbarländer Deutschland, Frankreich und Italien wenden, aus denen rund die Hälfte der Bildungsausländer stammt. Den weitausgrössten Beitrag müsste Deutschland mit 9000 Studenten zahlen.

Im Staatssekretariat für Bildung und Forschung dürfte der CVP-Vorstoss auf offene Ohren stossen. So sagte Staatssekretär Mauro Dell'Ambrogio vor einem halben Jahr dem TA, das Ausgleichssystem sei «vernünftig und wettbewerbsfördernd». Es sei vorstellbar, dass innerhalb Europas eines Tages ein solches System etabliert werde. Dies würde allerdings bedeuten, dass die Schweiz auch für ihre Studenten im Ausland bezahlen müsste. Da etwa fünfmal weniger Schweizer im Ausland studieren als Ausländer in der Schweiz, würde diese unter dem Strich jedoch massiv profitieren.

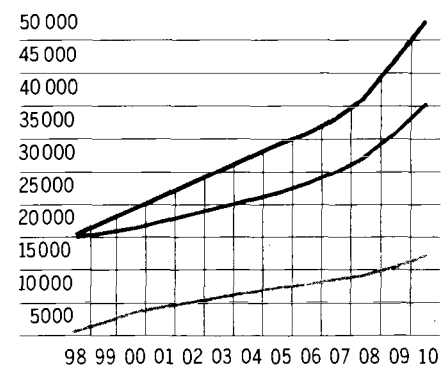
Warnung vor Retourkutsche

Bei Bildungspolitikern stösst die CVP-Forderung auf geteilte Meinungen. SP-Ständerätin Anja Fetz findet die Idee gut, zweifelt aber an der Realisierbarkeit. Fetz hält höhere Studiengebühren für Studenten aus dem Ausland für legitim: «Die Schweiz hat im internationalen Vergleich niedrige Studiengebühren.»

Die SVP will vor allem den Zustrom ausländischer Studenten bremsen. Deshalb steht für sie die Erhöhung der Studiengebühren für Ausländer im Vordergrund. Wenn stattdessen nur von den Herkunftsländern Geld verlangt werde, bleibe die Schweiz weiterhin zu attraktiv, sagt Nationalrat Thomas Hurter. Der Zürcher FDP-Ständerat Felix Gutzwiller warnt dagegen davor, den Nachbarländern Kosten für Studenten in Rechnung zu stellen. Das werde unweigerlich zu Gegenforderungen führen. «Wir profitieren davon, dass wir Ärzte in die Schweiz holen können, deren Ausbildung von Deutschland bezahlt wurde. Da könnte Deutschland uns ja die Ausbildung für diese Mediziner verrechnen.»

Studenten aus dem Ausland an Schweizer Hochschulen

Ausländische Studierende und Doktoranden



* Anteil ausländischer Studenten

— Universitäten/ETH

--- Fachhochschulen

TA-Grafik nr / Quelle: Bundesamt für Statistik